



## Zaudern, Zögern und Streit :

# Die Ampel verspielt unsere Zukunft

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 an allen Ecken und Enden kommen alarmierende Signale für unser Land: ob Konjunktur, Bürokratie, Entlassungen, ungezügelter Zuwanderung und zugleich Fachkräftemangel, Belastungen der Bürger und Wirtschaft – alles verbunden mit Streitereien in der Ampel. Die Auswirkungen der schlechten Nachrichten treffen insbesondere den ländlichen Raum, da hier die Entfernungen größer sind, und beispielsweise Betriebsschließungen nicht durch einen Nachbarbetrieb abgemildert werden können. Auch Kürzungen bei Förderprogrammen wie der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) oder bei Städtebaumitteln, die in erster Linie für kleinere Städte zur Herstellung gleichwertiger Verhältnisse gedacht sind, führen zu Benachteiligungen. Selbst die Streichung von Digitalisierungsmitteln trifft den ländlichen Raum in besonderem Maße, da sich hier die Finanzierung der Infrastruktur ohne staatliche Unterstützung wirtschaftlich nicht lohnt.

Bei der geplanten Krankenhausreform sieht es gleichermaßen düster aus. Es fehlt an einer sofortigen Brückenfinanzierung, bis die Reform greift. Man wird den Eindruck nicht los, dass Minister Lauterbach so manche Klinikinsolvenz in diesem Herbst in Kauf nimmt, um die Notwendigkeit seiner Reform zu unterstreichen. Monat für Monat steigt das Risiko, dass auch Häuser in finanzielle Not geraten, die nach Konzeption der Reform eigentlich unverzichtbar wären. Es geht um Inflation, Energiepreise und steigende Personalkosten – Herausforderungen also, die auch größere Häuser in Bedrängnis bringen. Die Ampel zeigt keine Ambition, die Insolvenzwelle in der Krankenhauslandschaft zu bremsen. Wenn in einer Metropolregion ein Krankenhaus schließt, ist dies für Patienten und Angestellte schlimm. Im ländlichen Raum, in dem es – wie bei uns – nur ein allgemeinmedizinisches Krankenhaus pro Landkreis gibt, wäre es jedoch eine Katastrophe.

Auch beim Gebäudeenergiegesetz (dem Heizungs-

gesetz) wurde nicht auf den ländlichen Raum geschaut, sondern es gab – begleitet von Koalitionsgezänk – strikte, technische Vorgaben. Erst massive Proteste auch durch uns konnten diesen Entwurf abmildern.

Statt dringend notwendige Zukunftsentscheidungen zu treffen, werden ideologische Projekte vorangetrieben und finanziert. Die Umverteilungsmaschinerie ist in vollem Gange. Von der wirtschaftlichen Entwicklung her sind wir laut OECD inzwischen auf dem letzten Platz der Industrieländer gesunken. Existenzgründer gehen lieber ins Ausland. Zugleich stehen wir in Europa

isoliert da. Die Ampel nutzt unser Land als energiepolitisches Experimentierfeld und findet keine Nachahmer, die Infrastruktur verkommt zusehends. Bei der überbordenden Migration hing die Ampel bis zuletzt ideologischen Träumen nach, statt europäische Solidarität mit allen anderen 26 EU-Staaten zu zeigen, die eine notwendige Beschränkung durchsetzen wollten. Das Zögern und Zaudern wird komplettiert durch die Blockade bei internationalen Rüstungsprodukten wie dem Export vom Eurofighter oder der monatelangen Prüfung der Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine.

Ich bin weit davon entfernt zu sagen, dass wir als Unionsparteien immer alles richtig gemacht haben. Aber eines steht fest: so schlecht wie jetzt wurden wir noch nie regiert. Dabei geht es um unser aller Zukunft. Unser Land hat die Ampel nicht verdient!

Ihr

Henning Otte



## Aus dem Inhalt

Neues aus dem Bundestag	Seite 2
Steuersatz Gastronomie	Seite 3
Alpha-E	Seite 4
CDU-Netzwerk Nationale Sicherheit	Seite 5



## Neues aus dem Bundestag

Heute haben wir unseren Antrag „**Null Toleranz bei Clankriminalität – Ankündigungen müssen unverzüglich Taten folgen**“ im Bundestag in erster Lesung beraten. Unser Rechtsstaat ist durch Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert: Vor allem in Großstädten haben sich die Aktivitäten krimineller Clans in den letzten Jahren zu einem sichtbaren Phänomen allgemeiner und organisierter Kriminalität entwickelt. Als „Clans“ werden großfamiliäre Strukturen bezeichnet, bei denen ein erheblicher Teil von Familienmitgliedern in kriminelle Machenschaften verstrickt sind. Die Spannweite reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag, Drogenhandel und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien auf offener Straße. Hinzu kommt die generelle Missachtung elementarer Prinzipien unseres Rechtsstaats und eine grundsätzliche Ablehnung unserer Rechts- und Werteordnung. Viele Mitglieder von Clanfamilien sind Deutsche, ein erheblicher Anteil verfügt jedoch über eine ausländische oder eine doppelte Staatsangehörigkeit. Wir wollen der Clankriminalität mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegentreten. Wir brauchen noch wirksamere Regeln, um illegal erworbenes Vermögen besser abschöpfen zu können. Kriminelle Clanmitglieder mit ausländischer Staatsangehörigkeit müssen konsequent ausgewiesen und abgeschoben werden; bei Doppelstaatlern wollen wir Möglichkeiten zum Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit prüfen.

**Vorschaltgesetz jetzt beschließen und kalte Strukturbereinigung in der deutschen Krankenhaushauslandschaft verhindern.** Die Krankenhäuser in Deutschland sind durch die Kosten- und Einnahmesituation – u.a. durch die Energiepreissteigerungen – in finanzielle Schwierigkeiten gekommen. Nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) hatte dies schon im Jahr 2022 ein monatliches Defizit von rund 440 Millionen Euro für alle deutschen Krankenhäuser zur Folge; das monatliche Defizit für alle Kliniken im laufenden Jahr steigt nach Berechnungen der DKG weiter. Nach aktueller Prognose droht in vielen Fällen die Insolvenz, solange die geplante Krankenhausstrukturreform nicht greift und keine entsprechende Brückenfinanzierung sichergestellt wird. Eine ungesteuerte, kalte Strukturbereinigung der Krankenhaushauslandschaft in Deutschland gilt es mit aller Kraft zu vermeiden. Nur so können wir Masseninsolvenzen von deutschen Krankenhäusern verhindern und die Stabilisierung der stationären Versorgung bis zu dem Zeitpunkt sicherstellen, an dem die geplante, große Krankenhausreform ihre Wirkung entfaltet.

Parallel zu unserem Antrag debattierten wir in 1. Lesung den Entwurf der Bundesregierung für ein **Gesetz zur Förderung der Qualität der stationären Versorgung durch Transparenz (Krankenhaustransparenz-**



**gesetz**). Das Gesetz soll die Transparenz über das Leistungsgeschehen im Krankenhaus erhöhen und durch eine geeignete Veröffentlichung der Qualität für die Patientinnen und Patienten ersichtlich machen, welche Leistungen mit welcher Qualität im jeweiligen Krankenhaus erbracht werden. Hierfür bedarf es geeigneter Daten. In der vorliegenden Form lehnen wir das Gesetz ab. Das Ziel einer höheren Transparenz und einer besseren Qualität teilen wir jedoch. Allerdings weist die konkrete Umsetzung erhebliche Mängel auf und führt in der Konsequenz u.a. zu einem mehr an Bürokratie.

**Potenziale der Geothermie nutzen – Hürden abbauen, Risiken minimieren, Stromsektor entlasten.** Geothermie ist eine ganzjährig zur Verfügung stehende und erneuerbare inländische Energiequelle mit einem beträchtlichen Potenzial. Sie kann im gesamten Bundesgebiet eingesetzt werden. Sie ermöglicht es, den Wärmeertrag auf das bis zu 30fache des Stromeinsatzes zu hebeln. Bei Bestandsgebäuden – die regelmäßig einen erhöhten Energiebedarf gegenüber Neubauten aufweisen – haben geothermische Lösungen den Vorteil, dass sie im Vergleich zu Luftwärmepumpen auch an kalten Tagen überwiegend mit Hebeln des Stromeinsatzes arbeiten. Deshalb tragen sie besonders in dem Zeitraum, in dem ohnehin besonders viel elektrische Energie benötigt wird, zur Einsparung von Strom bei. Anfängliche technisch-geologische Probleme sind mittlerweile analysiert und beherrschbar. Mit unserem Antrag haben wir deshalb vorgeschlagen, wie wir die Potenziale der Geothermie heben können. Das betrifft beispielsweise konkrete Vorschläge der Risikoabsicherungen, der Vereinfachung von Genehmigungsverfahren, die Verzahnung mit dem Stromsystem oder die Stärkung von Forschung.

## Union möchte reduzierten Steuersatz in der Gastronomie beibehalten

Zusammen mit meiner Fraktion setze ich mich für ein Beibehalten des reduzierten Steuersatzes von 7 % in der Gastronomie ein. Viel zu lange schon zögert die Ampelregierung, überhaupt eine Entscheidung zu treffen. Dabei benötigt die Branche Planungssicherheit. Wir haben als CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits am 21.06.2023 einen entsprechenden Antrag in den Finanzausschuss eingebracht. Das geschah bewusst vor der Sommerpause und vor der Haushaltsplanung, damit in der Aufstellungsphase die Gegenfinanzierung erarbeitet werden kann. Leider wurde er abgelehnt.

Die Ampel lässt sich mal wieder Zeit – die jedoch die Gastronomen nicht haben. Die Preise müssen kalkuliert werden, Buchungen werden getätigt, die Speisekarten müssen unter Umständen neu gedruckt werden.

Sollte der entsprechende Beschluss nicht kommen, droht die Schließung von vielen Betrieben. Eine entsprechende Studie sieht über 14.000 Betriebe in Deutschland als gefährdet an. Der damit verbundene Steuerausfall würde die geplanten Mehreinnahmen eines vollen Steuersatzes aufzehren. Doch in weiten Teilen herrscht offenbar noch eine Neiddebatte. Diese Auffassung geht an der Realität bei den vielen Familienbetrieben im Gastronomiebereich völlig vorbei. Aus meiner Sicht hat sich die Ampelkoalition verrannt. Die Koalition ergeht sich lieber in sozialer Umverteilung, wie die politische Einmischung in den

Mindestlohn zeigt. Hierfür ist jedoch die unabhängige Tarifkommission zuständig. Arbeit wird so immer teurer und die Bürokratie nimmt – entgegen aller Sonntagsreden – weiter zu. Die mittelständischen Unternehmer und Leistungsträger werden solange geschöpft, bis ihnen die Luft ausgeht. Für eine notwendige Unterstützung der Gastronomie fehlt der Ampel das Verständnis.

Das Gastronomiegewerbe ist besonders im ländlichen Raum ein schwieriges Geschäft. Es ist jedoch wichtig für die soziale Struktur der Dörfer, aber auch für die touristische Infrastruktur. Immer weniger Menschen sind bereit, diese schwere Arbeit auch zu ungünstigen Arbeitszeiten auf sich zu nehmen. Der Strukturwandel ist seit Langem im Gange. Wenn ab 1. Januar 2024 der Steuersatz für die Speisen im Gastgewerbe um 12 % erhöht wird, bedeutet das vielerorts das endgültige Aus für viele Betriebe oder eine Verteuerung



der Produkte.

Den ländlichen Raum, in dem es oftmals kilometerweit nur noch eine Gastronomie gibt, trifft eine Schließung besonders. Das gilt es unbedingt zu verhindern. Fast alle anderen EU-Staaten haben in der Gastronomie einen reduzierten Steuersatz. Bei uns handelte es sich dabei nur um eine Anpassung an die Höhe beim Außer-Haus-Verkauf. Auch deswegen bin ich persönlich von der Notwendigkeit der Beibehaltung dieses reduzierten Satzes überzeugt.

## Menschen und Weidetiere schützen

Immer wieder kommt es in Deutschland zu Übergriffen durch den Wolf auf Weidetiere. Der Wolf vermehrt sich zudem stark. Kürzlich zum Beispiel im Landkreis Stade mit 55 toten Schafen. Entgegen den Aussagen der Bundesumweltministerin ist ein günstiger Erhaltungszustand des Wolfs in Deutschland erreicht. Das haben die Sachverständigen in der Expertenanhörung im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz am 18. Januar 2023 bestätigt. Mit unserem Antrag fordern wir deshalb: Neben einer unbürokratischen Entnahme der sogenannten Problemwölfe müssen die Spielräume des EU-Rechts genutzt und ein aktives Bestandsmanagement zur Begrenzung des Wolfsbestands eingeführt



Ich sprach im Plenum zu unserem Antrag zum Wolf.

Foto: Flasche um geplant.

werden. Dazu muss der Wolf in das Jagdrecht aufgenommen werden. In Gebieten, in denen kein Herdenschutz mit Zäunen aufgrund der geografischen Gegebenheiten möglich ist, z.B. am Alpenbogen und auf Küsten- und Hochwasserdeichen, sollen wolfsfreie Gebiete ausgewiesen werden. International muss der Schutzstatus des Wolfs in der europäischen FFH-Richtlinie (von Anhang IV auf Anhang V) sowie in der Berner Konvention (von Anhang II in Anhang III) herabgestuft werden. Diese Bundesregierung lässt die Menschen im ländlichen Raum im Stich und ignoriert die Hilferufe zum Beispiel des Niedersächsischen Ministerpräsidenten. Bislang sind nur kosmetische Korrekturen durch das Bundesumweltministerium

## Alpha-E: Bestandsausbau mit Generalsanierung

Die jetzt getroffene Übereinkunft von Bundesverkehrsministerium, Deutscher Bahn und dem Land Niedersachsen zum Bestandsausbau der Schienenwege ist ein wichtiges Etappenziel. Ich sehe es als einen gemeinsamen Erfolg an. Damit hat sich unsere Beharrlichkeit durchgesetzt. Mein Dank gilt allen Bürgerinitiativen, unseren Landräten und Kommunen, für die stetige Unterstützung und Zusammenarbeit. Sie hat dazu geführt, dass die anstehende Generalsanierung zwischen Hamburg und Hannover genutzt werden soll, in dieser Zeit bereits soviel wie möglich vom Alpha-E umzusetzen, um die Kapazität zu erweitern,

Jetzt gilt es, zusammen mit dem Kommunen an der Bestandsstrecke die Planungen für den Bestandsausbau und vor allem für den Lärmschutz zum Schutz der Anlieger voranzubringen. Ich werde darauf bestehen, dass etwaige Überlegungen der Deutschen Bahn für die Zukunft, weiterhin mit den Bürgerinitiativen und den Kommunen vor Ort im Einklang erfolgen. Der Deutschlandtakt steht einem Ausbau nicht entgegen. Bereits seit Monaten wurde nachgewiesen, dass der Deutschlandtakt mit Hamburg-Harburg und Hannover als Knoten umsetzbar ist. Die Verwirklichung von Alpha-E kann jetzt beginnen. Ich fordere die Deutsche Bahn auf, nach Planungsrecht unmittelbar mit dem zweigleisigen Ausbau zwischen Rotenburg-Verden – wie vereinbart – zu beginnen, damit die Bestandsstrecke über Uelzen-Celle entlastet



werden kann. Ich kann die Deutsche Bahn nur davor warnen, die Entschlossenheit der Region zu unterschätzen. Im Dialogforum 2015 haben Bund, Bahn, Kommunen und Bürgerinitiativen unter Vermittlung des Landes Niedersachsen einen Kompromiss zum Schienenausbau gefunden, das Alpha-E. Eine Umsetzung wurde zugesichert, der Bundesverkehrswegeplan 2030 im Deutschen Bundestag verabschiedet sowie ein einstimmiges Votum im Niedersächsischen Landtag getroffen. Die Deutsche Bahn muss einsehen, dass sich gegen Zusicherungen und gegen den erklärten Bürgerwillen keine Neubautrassen quer durch die Heide verwirklichen lassen.

## Kahlschlag bei GAK trifft Niedersachsen hart

Durch die Kürzung der Bundesförderung "Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz" (GAK) werden dem ländlichen Raum in Niedersachsen pro Jahr 72 Millionen Euro entgehen. Damit wird die ländliche Entwicklung schwer zurückgeworfen und wichtige Projekt für Tier-, Klima- und Artenschutz ersatzlos gestrichen. Die Kürzung der GAK-Mittel sind ein Anschlag auf den ländlichen Raum. Durch die vom grünen Landwirtschaftsminister Özdemir vorgelegten Kürzungen der GAK-Mittel wird die Attraktivität und Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes in Niedersachsen massiv geschwächt. Niedersachsen wird es besonders stark treffen. Durch die damit auch wegfallende Kofinanzierung des Landes entgehen dem ländlichen Raum in Niedersachsen insgesamt etwa 72 Millionen Euro pro Jahr. Zugleich werden Fördermittel der EU substantiell reduziert, weil die erforderliche Zusatzförderung durch den Bund wegfällt. Dadurch werden zukünftig Mittel für die Dorfentwicklung, der Verbesserung der Grundversor-

gung sowie wichtige Klimaschutzmaßnahmen wie zum Beispiel die Vernässung von Mooren fehlen. Das Ergebnis ist: eine schlechte Verkehrsanbindung für die Bürger, verlassene Dörfer, und eine geschwächte Umwelt und Artenvielfalt. Damit konterkariert die Bundesregierung ihren eigenen im Koalitionsvertrag gesteckten Ziele zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse von Stadt und Land. Auch die von den Grünen postulierten Klima- und Tierschutzpläne werden so immer unerreichbarer.

Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion und insbesondere ich als Fachsprecher für den ländlichen Raum meiner Fraktion kritisieren die geplanten Kürzungen scharf und fordern eine komplette Neuevaluierung der geplanten Maßnahmen. Die Bundesregierung scheint nur noch Politik für das eigene urbane Wählerklientel zu machen und dabei den ländlichen Raum bewusst zu ignorieren! Die CDU wird auch weiterhin die Partei für alle Bürger sein. Wir wollen den ländlichen Raum stark und lebenswert erhalten“.

## Netzwerk Nationale Sicherheit der CDU

Mit einer großen Auftaktveranstaltung startete das CDU-Netzwerkes Nationale Sicherheit im Konrad-Adenauer-Haus. Als Ideengeber und Mitgründer des Netzwerkes hat mich die große Resonanz sehr gefreut. Es zeigt deutlich, dass das Thema Sicherheit viele CDU-Mitglieder und Sympathisanten bewegt. Dabei reicht es aber nicht, bei der Beschreibung der aktuellen Situation stehenzubleiben. Vielmehr wollen wir gemeinsam zukunftsfeste Konzepte entwickeln und diese dann in der Regierungsverantwortung umsetzen. Unser CDU-Netzwerk Nationale Sicherheit soll ein Spiegelbild sein. Wir müssen die Themen wieder auf die Straße bringen. Dazu stellt der Auftakt den Startschuss für Termine in der Fläche dar.

Der russische Angriff auf die Ukraine muss auch dem letzten vor Augen geführt haben, wie wichtig gut ausgestattete Streitkräfte für die Wahrung von Freiheit und Sicherheit sind. Die Leistung der Soldatinnen und Soldaten muss mehr anerkannt werden. Es geht um Herz, Verstand und Vertrauen für die Truppe.

Aber eine Verengung des Sicherheitsbegriff auf die Verteidigungs- und Außenpolitik ist nicht mehr zeitgemäß. Innere und äußere Sicherheit ist nicht mehr sinnvoll voneinander zu trennen. Deswegen müssen wir unsere Sicherheitsarchitektur anpassen und das Silodenken der Ressorts und zersplitterten Zuständigkeiten überwinden. Ein im

Kanzleramt angesiedelter Nationaler Sicherheitsrat wäre ein wichtiger Schritt. Den modernen Bedrohungen entgegenzutreten ist eine gesamtgesellschaftliche und gesamtstaatliche Aufgabe. Gemeinsam mit Mitgliedern aus allen Sicherheitsbehörden und Blaulichtorganisationen, aber auch Interessierten aus Wirtschaft und Gesellschaft wollen wir die Sicherheitspolitik gemeinsam neu denken!

P.S.: Das Video zur Auftaktveranstaltung finden Sie unter [Starke Bundeswehr für ein sicheres Deutschland - YouTube](#)



Das Interesse an der Auftaktveranstaltung des Netzwerkes Nationale Sicherheit der CDU war groß. Fotos: Flasche

### Wir sind für Sie da!



Markus Flasche

#### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 7 23 20  
Fax 030 / 227 – 7 63 20  
Henning.Otte@bundestag.de

[www.henning-otte.de](http://www.henning-otte.de)



Christoph Wilks

#### Büro Celle

Südwall 26  
29221 Celle

Tel. 0 51 41 / 68 98  
Fax 0 51 41 / 68 83  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Henning.Otte.wk@bundestag.de



Annika Liedtke

#### Büro Uelzen

Celler Str. 1  
29525 Uelzen  
Tel. 05 81 / 9 71 25 43  
Fax 05 81 / 157 36  
Henning.Otte.wk@bundestag.de

Herausgeber und V.i.S.d.P.:  
Henning Otte, MdB



Dr. Svend Moeller

<https://www.facebook.com/henningottecducleuelzen>  
[https://www.instagram.com/henningotte\\_mdb](https://www.instagram.com/henningotte_mdb)  
<https://twitter.com/henningottemdb>

